

## Ein Kriegsausschuß der Konsumenten.

Berlin, 13. Dezbr. (W. B. Nichtamtlich.) Ein Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ist am 13. Dezember ins Leben getreten und hat seine Gründung dem Reichskanzler angezeigt. Die Gewerkschaften und Arbeitervereine aller Richtungen, die großen Verbände der Konsumentenvereine und die beiden Privatangestelltenverbände, die größten Beamtensorganisationen haben bereits ihren Beitritt erklärt. Es gehören dem Kriegsausschuß außerdem auch an das Bureau für Sozialpolitik, der deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, der deutsche Käuferbund und der Bund deutscher Frauenvereine. Schon heute stehen hinter der Bewegung Verbände mit über 6 Millionen Mitgliedern, die mit ihren Angehörigen mindestens 15 Millionen Konsumenten darstellen. Als nächste Aufgabe hat sich der Ausschuss gesetzt, eine Sammel- und Auskunftsstelle für alle Fragen der Volksernährung und des Massenbedarfs zu errichten, die Konsumenten aufzuklären und zu einem vernünftigen Verbrauch aller Vorräte zu veranlassen, den Behörden, Parlamenten und der Öffentlichkeit als Sachverständigen-Vertretung der Konsumenten tätig zu sein und gegen ungerechtfertigte Preistreiber sowie gegen Kriegswucher in jeder Form aufzutreten. Die vorläufige Adresse des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen ist Berlin W. 30, Rollendorfstraße 29/30, 2. Stockwerk.

Ueber Art und Zweck dieser erfreulichen Gründung wird uns noch geschrieben:

Was zur Sicherstellung der Volksernährung von der Reichsregierung und den sonstigen maßgebenden Instanzen bisher getan worden ist, dürfte wohl kaum als endgültige Lösung der ganzen Frage angesehen werden. Im Gegensatz zu dem glänzenden Verlauf unserer militärischen und unserer finanziellen Mobilmachung zeigt sich eben bei manchen bisherigen Maßnahmen der wirtschaftlichen Mobilmachung, wie recht diejenigen hatten, die wie der Präsident des Hansa-Bundes, Geheimrat Rießer, die Einsetzung eines „Wirtschaftlichen Generalstabs“ schon in Friedenszeiten verlangten. Ein solcher wirtschaftlicher Generalstab, in dem selbstverständlich auch die Konsumenten vertreten sein mußten, hätte alle Vorbereitungen treffen können, so daß man gleich nach Kriegsbeginn preisregulierend eingreifen konnte, während so die Regierung drei Monate für die Verhandlungen und ihre Beschlüsse brauchte, drei kostbare Monate, in denen viele Vorräte, jedes Mal mit erheblichen Preissteigerungen, von Hand zu Hand gingen, durch große Spekulationsläufe künstliche Knappheit geschaffen und so die Preise in die Höhe getrieben wurden.

Je mehr in der Öffentlichkeit die Meinung durchdrang, daß wir in all diesen Fragen noch viel zu tun hätten, desto mehr wuchs in den Organisationen der Konsumenten die Ueberzeugung, daß es Pflicht und Notwendigkeit für die Konsumenten sei, an der Sicherung der Volksernährung tatkräftig mitzuarbeiten. Das Ergebnis eingehender Vorarbeiten ist die gestern vollzogene Gründung des „Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen“. Ihm gehören bis heute Verbände mit rund 6 Millionen Mitgliedern an, und ihre Zahl wird bald noch steigen. Verbände, die bisher in schärfstem Gegensatz zu einander gestanden haben, Berufsstände, die bislang eine Welt voneinander trennte, sie alle hat die Not des Krieges zusammengeführt, um für die Dauer des Krieges eine Zentralstelle für die Konsumenten zu schaffen zur Mitarbeit an der ebenso wichtigen wie schwierigen Frage der Volksernährung. Diese Zentralstelle hat den Vorzug, durch die ihr angeschlossenen Organisationen und deren Untergruppen eine Unzahl von Mitarbeitern zu haben und über ein das ganze Reich umspannendes Netz von Arbeitsstellen, durch die sie wirken kann, zu verfügen.

Die erste Aufgabe des neu gegründeten Kriegsausschusses wird es sein, die Verbraucher, vor allem die Hausfrauen, aufzuklären und zu planmäßigem und sparsamem Verbrauch der vorhandenen Nahrungsmittel zu erziehen, damit wir auf jeden Fall mit den vorhandenen Vorräten bis in das nächste Jahr hinein auskommen. All die zum Teil ganz vorzüglichen Ratschläge, die zu diesem Zweck schon erteilt wurden, müssen in die Praxis umgesetzt werden. Ueberall wären Versammlungen der dem Kriegsausschuß angeschlossenen Organisationen, der Mitglieder mit den Hausfrauen, zu veranstalten, in denen belehrende Vorträge gehalten werden; bis in die kleineren Städte hinein könnten nach dem Vorbilde des Letzte-Bereins in Berlin Kurse für die Herstellung billiger und zweckmäßig ausgenutzter Speisen eingerichtet werden. Auch für die Verwertung der jetzt so wertvollen Hausabfälle für Viehfutter brauchen wir die Mitarbeit der Frauen und müssen wir sie interessieren.

Weiter wird der „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen“ gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit die Sache der Konsumenten zu vertreten haben. Ohne deshalb eine Kampforganisation zu sein, wird er dafür zu sorgen haben, daß Behörden und Öffentlichkeit auch von Seiten der Konsumenten Material erhalten, damit sie sich objektiv orientieren können; einseitigen Darstellungen von Interessentengruppen wird er entgegentreten müssen. Männer der Wissenschaft und der Praxis als Sachverständige, vor allem auch die reiche Erfahrung der großen Konsumentenverbände stehen ihm zur Verfügung. Alles Material über die Volksernährung im Kriege wird er zu sammeln haben; so wird er sich z. B. nicht nur einen möglichst vollständigen Ueberblick über die Preisentwicklung und ihre Gründe in den verschiedenen Gegenden zu verschaffen, sondern

auch die Preisunterschiede im Kleinhandel in ein und derselben Stadt und ihre Ursachen zu ermitteln, eventuell auch Qualitätsfeststellungen zu machen haben. Er wird alle Nachrichten über Höchstpreisfestsetzungen, über die dabei angewandten Methoden und über die erzielten Erfolge sammeln müssen. So werden die Behörden in ihm eine sachverständige Vertretung der Konsumenten bei der Beratung der gesetzlichen Maßnahmen finden.

Allem Anscheine nach steht ja eine Revision der ganzen Höchstpreisfrage vor der Tür. Hier findet der „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen“ dann schon in aller nächster Zeit ein reiches und dankbares Arbeitsfeld. Mit allem Nachdruck muß er darauf hinarbeiten, daß jede übermäßige Preissteigerung verhütet wird. Auf jeden Fall werden die sogenannten Reports auf die Höchstpreise, die wahrlich schon hoch genug sind, aufgehoben werden müssen. Für eine ganze Reihe weiterer Artikel, insbesondere für Mehl und Fettwaren, sind Höchstpreise festzusetzen, für Kartoffeln überall auch Höchstpreise für den Kleinhandel. Vor allem werden aber die nötigen Maßnahmen getroffen werden müssen, daß die vorhandenen Vorräte auch wirklich planmäßig verteilt werden und nicht, wie das heute der Fall ist, ganze Bezirke sich nur schwer mit dem nötigen Getreide u. s. w. versorgen können, obwohl genügend Vorräte vorhanden sind.

Eine erfolgreiche Arbeit des „Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen“ in dieser Richtung läge nicht nur im Interesse der Konsumenten selber, sondern diene auch der Gesamtwirtschaft. Durch die übermäßige Preissteigerung der Nahrungsmittel werden auch weite Gebiete der Produktion schwer getroffen, weil die Konsumenten für die Bestreitung der Lebenskosten schon so viel ausgeben müssen, daß sie umso weniger für den Kauf von Gewerbe und Industrieartikeln auswenden können. Es würde volkswirtschaftlich auch ein schwerer Schaden sein, wenn an einzelnen Stellen infolge der Preissteigerungen Vermögen entstanden, während die breiten Massen in ihrer wirtschaftlichen, aber auch physischen Leistungsfähigkeit geschwächt würden.